

BHI-Beschlüsse

Genehmigt vom BHI-Kongress in Durban Südafrika
am 1. Dezember 2017.



07. Nein zu neoliberalen Handelsabkommen in der Region Asien/Pazifik

Eingereicht von gewerkschaft/en: FIRST Union Neuseeland

PRÄAMBEL:

VORDEMHINTERGRUND DESSEN, DASS nach dem breiten Widerstand der Gewerkschaften gegen das neoliberale Transpazifische Partnerschaftsabkommen (TPPA) und dem Rückzug der Vereinigten Staaten aus diesem Abkommen es immer noch Bemühungen gibt, ähnliche Handels- und Investitionsabkommen in der Region Asien/Pazifik auszuhandeln, die einen Angriff auf die Arbeitnehmerrechte bedeuten würden, darunter das „TPP minus 1“ (TPP-1), das Projekt zu Freihandelsvereinbarungen *Regional Comprehensive Economic Partnership* (RCEP) und das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TISA);

IN SORGE DARÜBER, DASS Abkommen wie TPP-1, RCEP und TISA im Geheimen verhandelt werden, es nur wenig oder keinen bedeutenden Dialog mit den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften gibt und diese Abkommen unternehmerischen Gewinn über die Arbeitnehmerrechte stellen und so zu Deregulierung, Beschränkungen staatlichen Handelns, Kündigungen und Fremdvergabe führen könnten, so dass die Löhne und Arbeitsbedingungen weiter leiden und es zu Sozialdumping, steigenden Kosten für medizinische Leistungen, Steuerflucht, Umweltschäden und fiskalpolitischen Sparprogrammen kommt, die wichtige Regierungsprogramme und Programme für soziale Sicherheit beeinträchtigen;

OPERATIVE KLAUSELN

WIR VERURTEILEN die kontinuierlichen Versuche der Regierungen in der Region Asien/Pazifik, den Arbeitnehmern und ihren Vertretern eine konstruktive Rolle bei den Verhandlungen von Handels- und Investitionsabkommen zu verweigern, was dazu führt, dass wir nur einseitige Handels- und Investitionsabkommen haben, die für das Kapital und dessen Interessen stehen, aber zum Nachteil der Beschäftigten sind;

WIR BESTÄRKEN alle BHI-Mitgliedsverbände aus denjenigen Ländern, die in RCEP, TPP-1 und TISA involviert sind, sich aktiv bei ihrer Regierung zum Thema Handels- und Investitionspolitik einzusetzen, sich bestätigen zu lassen, wie die Arbeitnehmerrechte angesichts der laufenden Verhandlungen geschützt werden und eine stärkere Formulierung des Schutzes der Arbeitnehmerrechte in solchen Abkommen zu fordern, ebenso wie wirksame Lösungsmechanismen im Bereich des Arbeitsrechts als Kernelement dieser Abkommen.


Robert Reid
Generalsekretär
FIRST Union, Neuseeland





BWI • BHI • BTI • IBB • ICM
www.bwint.org